

Ein Platz an der Sonne*



Deutsche Kolonien – eine vergessene Geschichte?
Von Katharina Ruhland von [muc]

Kolonialismus war in der deutschen Geschichtsschreibung seit 1945 lange Zeit ein wenig bearbeitetes Feld. In einer auf den Nationalstaat fixierten Wissenschaft erschienen die Kolonien als ferne Orte, die in außenpolitischen Erwägungen wichtig sein konnten, darüber hinaus jedoch die deutsche

Geschichte scheinbar wenig berührten. Genährt wurde diese Argumentation durch die Tatsache, dass Deutschland offiziell nur dreißig Jahre lang über ökonomisch wenig bedeutende außereuropäische Gebiete verfügte. Es wurde vergessen, dass Deutschland zeitweise die drittgrößte Kolonialmacht der Welt gewesen war. Der frühe Verlust der Kolonien, der im Versailler Vertrag 1919 festgeschrieben wurde, ließ Deutschland vergleichsweise unberührt von den Dekolonisationskämpfen der Nachkriegszeit.

Die Folge war, dass bis in die 1980er Jahre in Deutschland kaum über die Brutalität der deutschen Kolonialherrschaft und ihre verheerenden Konsequenzen für die ehemaligen Kolonien gesprochen wurde. Erst in den vergangenen zwanzig Jahren begann in Deutschland langsam eine Auseinandersetzung mit einer Kolonialgeschichte, die nicht nur ideengeschichtlich lange vor ihren „offiziellen“ Beginn 1884 zurückreicht: Denn schon sehr viel früher gab es Denkweisen, Phantasien, Kulturprodukte und Praktiken, die sich als moderner und keineswegs homogener Kolonialdiskurs, in dessen Zentrum die Produktion von Alteritäten stand, beschreiben lassen und mit dem die unmittelbare Herrschaft erst denk- und praktizierbar wurde. Die deutsche Kolonialgeschichte endet auch nicht mit der erzwungenen Abgabe der Kolonien, sondern setzt sich in ihren Auswirkungen und Ideen fort und prägt unsere Gesellschaft bis heute. Im Folgenden wird es allerdings um die Zeit der „offiziellen“ Kolonialherrschaft und deren unmittelbarer Vorgeschichte gehen.

Deutsche Kolonialbewegung

Die Anfänge der organisierten deutschen Kolonialbewegung fielen in den 1870er Jahren in eine Zeit des wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Umbruchs in einer durch die industrielle Revolution mobilisierten Gesellschaft. Die Vielfalt der Motivationen spiegelte sich in den Argumenten der frühen „Kolonialpropagandisten“. Das nicht zuletzt

wegen der verschärften sozialen Frage als bedrohlich wahrgenommene Bevölkerungswachstum wurde zu einem Argument für die angestrebte Expansion, die „Raum“ für Auswanderung bieten sollte. In ihm schienen nationalistische Motive auf: Der Erwerb „eigener“ Kolonien sollte die Migration

aus Deutschland dorthin leiten und die Migrant_innen¹ sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Verbreitung der „deutschen Kultur“ „produktiv“ machen. Dieses Motiv stand im Rahmen einer Debatte über „Deutsch-Sein“, die im kolo-

nialen Kontext Begriff und Sinn von „Auslandsdeutschtum“ erst erschuf und „Verjüngung“ und Stärkung der Nation durch das Wirken „Deutscher“ im Ausland realisiert sah.

Ökonomische Argumente gewannen im krisenreichen Transformationsprozess vom Agrar- zum Industriestaat zunehmend an Bedeutung: Die Kolonialbefürworter_innen hofften auf Export im globalen Maßstab, auf neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte – und damit also auf eine effektive kapitalistische Ausbeutung überseeischer Gebiete. Angestrebt wurden dabei zunächst vor allem Handelskolonien in Form eines staatlichen, militärischen „Schutzes“ bereits existierender Handelsknotenpunkte und damit die Absicherung nationaler Handelsinteressen. Imperialistische Konkurrenz, die in Deutschland die Selbstwahrnehmung als „Zuspätkommende“ produzierte, und nationalistisches Prestigestreben eingebettet in eine rassistische Vorstellungswelt kulturmissionarischer und sozialdarwinistischer Prägung, resultierten schließlich in einem aggressiven Weltmachtstreben, das die Kolonialfrage zur „Lebensfrage“ erklärte und mit aller Gewalt umgesetzt wurde.

Die frühe Kolonialwerbung stieß vor allem bei Bildungsbürgertum und Beamtschaft auf offene Ohren, während Handel-, Industrie- und Finanzkapital, die vom Freihandel profitierten, nur langsam für Investitionen in den Kolonialerwerb zu gewinnen waren. Dennoch organisierten sich auch die Vertreter des Großkapitals in den erstarkenden nationalistisch-kolonialistischen Vereinen. Die Folge war eine bürgerlich dominierte, schichtenübergreifende Kolonialbewegung, die gemeinsame Erfahrungshorizonte widerspiegelte: ein „nationales Hochgefühl in der Folge der Reichsgründung“, eine kollektive Krisenstimmung, die Angst vor der

Das aggressive Weltmachtstreben erklärte die Kolonialfrage zur „Lebensfrage“

** Die Wortprägung „Platz an der Sonne“ entstand durch eine Äußerung des deutschen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und späteren Reichskanzlers Bernhard von Bülow in einer Reichstagsdebatte am 6. Dezember 1897, wo er im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialpolitik formulierte: „Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Sie ist später als einprägsame Formel des deutschen Weltmachtstrebens zum geflügelten Wort geworden.*

¹ Wir verwenden die Schreibweise mit Unterstrich, um über die Darstellung der männlichen und der weiblichen Form hinaus symbolisch Platz zu schaffen für alle, die sich jenseits der bipolaren Geschlechterkonstruktion verorten.

Arbeiterbewegung mit einer zunehmend einflussreichen Repräsentation durch die Sozialdemokratie und tradierte rassistische Denkfiguren. Dabei waren die konkreten Vorstellungen, wie die koloniale Zukunft aussehen sollte, heterogen und standen in Wechselwirkung mit unterschiedlichen Interessenlagen und Nationalismuskonzeptionen.

An die Spitze dieser Organisationen trat 1882 der „Deutsche Kolonialverein“, der 1884 bereits 9.000 Mitglieder hatte. Anders als die 1884 vom völkischen Kolonialisten Carl Peters gegründete und auf praktische Kolonisation fokussierte „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ verstand sich der „Kolonialverein“ in erster Linie als „Propagandainstrument für die Belebung des kolonialen Gedankens“. Trotz der Konflikte zwischen den beiden Vereinen schlossen sie sich 1887, als der erste Kolonialenthusiasmus nachgelassen hatte, zur „Deutschen Kolonialgesellschaft“ zusammen, die zur wichtigsten kolonialpolitischen Organisation des Kaiserreichs werden sollte. Ihre Mitgliederzahl stieg auf 42.000 kurz vor dem Ersten Weltkrieg an.

Koloniale Gewaltherrschaft

Zur offiziellen Kolonialmacht wurde das Deutsche Reich 1884 mit der Entscheidung Bismarcks, die von Kaufmann Adolf Lüderitz „erworbenen“ Gebiete in Südwestafrika unter „Reichsschutz“ zu nehmen. Als die seit den 1870er Jahren in Westafrika präsenten hanseatischen Händler ihre Wirtschaftsinteressen durch englische und französische Aktivitäten bedroht sahen, übernahm das Reich die „Schutzherrschaft“ über Kamerun, das Schauplatz der ersten Beispiele deutscher Kanonenbootpolitik gegen die Duala, die Bewohner_innen der Küstenregionen, wurde. Es folgte Togo. 1885 wurde Ostafrika zum „Schutzgebiet“ und damit bestätigte die Regierung ein weiteres Mal die gewaltvollen Aneignungspraktiken deutscher „Konquistadoren“: Carl Peters hatte auf seiner ersten „Expedition“ ein Gebiet von 140.000 Quadratkilometern brutal „erworben“. Entsprechend seiner Handelsinteressen annektierte das Deutsche Reich Samoa, weitere Südseeinseln und schließlich Kiatschou an der chinesischen Ostküste.

Die Expansionen waren mit anhaltenden Interessenkonflikten mit den anderen Kolonialmächten verbunden. Diese stellten einen der Gründe für das Scheitern der „Visionen eines größeren Kolonialreichs“ dar, wie die Gründung eines Großreiches in Mittelafraka. Diese aggressiv-expansionistische „Weltpolitik“ spiegelte sich unter anderem in der Einrichtung eines relativ unabhängigen Kolonialamts als Abteilung des Außenministeriums und in der Institutionalisierung der Koloniallobby im „Kolonialrat“ (1891).

Der Beginn der als „Weltpolitik“ betitelten Hochphase des deutschen Imperialismus wird mit dem Jahr 1897 verbunden, als Bernhard von Bülow, späterer Reichskanzler (1900-1909), zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt wurde. Der „Wille zur Weltgeltung“ wurde als logische Folge der Reichsgründung konstruiert und fand begeisterte Anhängerschaft im Bildungsbürgertum. Dazu gehör-

te nicht nur für Wilhelm II. eine mächtige Flotte: Unter den erstarkenden radikalnationalistischen Vereinigungen war der mitgliederstärkste der 1897 unter anderem von Alfred von Tirpitz, Staatssekretär der Marine, gegründete Flottenverein, der für eine starke deutsche Flotte als Vorhut imperialistischer Politik und als bürgerliches Gegenstück zur aristokratischen Armee eintrat.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Kolonien durch die brutalen Kolonialkriege und die so genannten „Hottentottenwahlen“ im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung präsenter als je zuvor. Der Vernichtungskrieg, den die deutschen Truppen im heutigen Namibia führten, wurde in Massenmedien und Literatur sozialdarwinistisch als „Rassenkrieg“ interpretiert. Im Januar 1904 hatten sich die Herero gegen die deutsche Herrschaft, die zunehmend von Rechtsunsicherheit, Diskriminierung, brutaler Gewalt und der Zerstörung der wirtschaftlichen und politisch-kulturellen Grundlagen der indigenen Lebensweisen gekennzeichnet war, erhoben. In einem extrem gewalttätigen Krieg gegen die Herero und die später am Widerstand teilnehmenden Nama sicherte und erweiterte das Deutsche Reich seine Herrschaft. Die Vernichtungsstrategie hatte den Tod von 80 Prozent der Herero-Bevölkerung und von über der Hälfte der Nama zur Folge.

Der Vernichtungskrieg im heutigen Namibia wurde in Literatur und Massenmedien als „Rassenkrieg“ interpretiert.

Im heutigen Tanzania war die Einführung einer sogenannten „Kopfsteuer“ der Auslöser für den Widerstand. Durch diese „Steuer“ sollte der Zwang zur Arbeit auf den Plantagen der Kolonialmacht intensiviert werden. Ihre Eintreibung wurde den von den Deut-

schen eingesetzten so genannten Akiden, oft Araber oder Suaheli, übertragen, die als Vorsteher jeweils mehrerer Orte fungierten und mit ihrer Aufgabe den Hass der Bevölkerung auf sich zogen. Auch gegen sie und die Missionare als Exponenten deutscher Herrschaft und einer Religion, welche indigene Traditionen missachtete, richteten sich die Widerstandsaktionen. Die Kolonialherren benannten den folgenden Krieg nach einem religiösen Kult namens Maji-Maji, dem die heterogene Trägerschaft der Widerstandsaktionen allerdings keineswegs einheitlich anhing. Die brutale Niederschlagung und die anschließende Politik der verbrannten Erde und der systematischen Aus Hungierung war für den Tod von über 100.000 Menschen verantwortlich.

Regierungskrise in der Metropole

Durch den anhaltenden und mit hohen Kosten verbundenen Kolonialkrieg kam es in Deutschland zu einer politischen Krise und Auflösung des Reichstags, nachdem die deutsche Regierung am 2. August 1906 im Reichstag einen Nachtragshaushalt in Höhe von 29 Millionen Mark für den Krieg im heutigen Namibia beantragt hatte. Vor allem die SPD weigerte sich, weiteren Geldern zuzustimmen. Die Wahlen wurden zu einer nationalistischen und rassistischen Propagandaschlacht.

Die Kolonialkriege und die Regierungskrise, begleitet von Protesten und Widerstand indigener Gruppen in Kamerun und Togo, denen ebenso mit repressiver Gewalt begegnet wurde, lösten einen Kurswechsel in der Kolonialpolitik aus, die eng mit dem Namen des seit 1906 amtierenden liberalen Kolonialdirektors Bernhard von Dernburg verknüpft war. Die brutale Unterwerfung der Bevölkerung Namibias hatte ihm zufolge den Reformen voranzugehen und die Großmachtspolitik sollte ihre Fortsetzung finden. Die Politik Dernburgs zielte auf die Behebung einiger in seinen Augen unmittelbarer Ursachen für die Widerstandsaktionen, die „Erhaltung“ der so dringend benötigten

Die reformierte Kolonialpolitik zielte auf die „Erhaltung“ der dringend benötigten Arbeitskräfte.

Arbeitskräfte und eine bessere Kontrolle „effizienter“ organisierter kolonialer Verhältnisse. Bei den nur bedingt umgesetzten Kolonialreformen ging es um eine Änderung der Herrschaftstechniken, nicht der kolonialen Ziele von Ausbeutung und Unterwerfung.

Zivilisatorisch unfähig

Der Versailler Vertrag 1919 sah die komplette Abtretung der deutschen Kolonien vor. Begründet wurde dies damit, dass Deutschland zivilisatorisch unfähig sei, Kolonien zu führen und die Einheimischen es ablehnen würden, weiterhin von Deutschen unterjocht zu werden. Mit dem politischen Kampfbegriff der „Kolonialschuldfrage“ wurde dies elementarer Bestandteil der „Kriegsschuldfrage“-Propaganda, mit der in Deutschland versucht wurde, die im Friedensvertrag von Versailles formulierte „alleinige Kriegsschuld“ des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten am Ersten Weltkrieg als Lüge darzustellen. Kolonialrevisionistische Forderungen und koloniale Pläne hatten indes während der Weimarer Republik und der NS-Zeit weiterhin Hochkonjunktur.

Eine „Kolonialtagung“, die 1925 in München stattfand, ist nur eines von einer Vielzahl von Ereignissen, die auf die Präsenz kolonialistischer Bestrebungen in der Weimarer Republik verweisen – und dabei gleichzeitig die Stadt München als Ort kolonialer Geschichte sichtbar werden lassen.<

Katharina Ruhland
ist Historikerin und lebt und arbeitet in München.

[muc] *setzt sich mit den Spuren des Kolonialismus in der Stadt München auseinander.*

www.muc.postkolonial.net